



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Trumps Deal mit Iran: Plötzlich ein Atomabkommen?**

Bericht: Andreas Maus, Selome Abdulaziz, Jan Schmitt

Datum: 21.04.2026

Arbeiter: "Es war mein Traum, nach Europa zu kommen. Meine Familie hat ihr ganzes Gold verkauft."

2. Arbeiter: "Als wir hier ankamen, bekamen wir ein Messer und sollten Fleisch schneiden."

3. Arbeiter: "Sie behandeln uns wie Maschinen, die sie sich bestellt haben. Sie behandeln uns wie Sklaven."

Achim Pollmeier: "Berichte von Menschen aus Indien und Vietnam, die Tausende Euro für einen Job in Deutschland gezahlt haben und bei der deutschen Fleischindustrie in die Falle geraten sind. Dazu später mehr.

Hallo, hier ist MONITOR, nicht wundern, nur ausnahmsweise: an einem Dienstag. Und erst müssen auch wir über den Krieg im Iran reden und über die Friedensverhandlungen in Islamabad, wo noch immer nicht klar ist, ob oder wann sie nun wirklich stattfinden. Aber worum geht es da eigentlich? Klar, die Straße von Hormus soll wieder geöffnet werden, damit Öltanker die Weltwirtschaft wieder mit Schmierstoff versorgen können. Was allerdings ein Problem ist, dass die USA und Israel durch die völkerrechtswidrigen Angriffe vor acht Wochen selbst geschaffen haben. Vorher war der Seeweg ja offen. Der US-Präsident hat sich offenkundig verspekuliert, also fordert er mal wieder einen Deal und setzt auf maximale Drohung. Wie in diesem Post auf seiner Social-Media-Plattform vor zwei Tagen.

Zitat: "Wir bieten einen sehr fairen und vernünftigen Deal an und ich hoffe, dass Sie den annehmen. Denn wenn Sie es nicht tun, werden die Vereinigten Staaten jedes einzelne Kraftwerk und jede einzelne Brücke im Iran zerstören."

Achim Pollmeier: "Der Angriff auf zivile Infrastruktur - es wäre ein Kriegsverbrechen - ist Trump egal. Dabei hatten viele Iranerinnen und Iraner gehofft, dass mit den Angriffen endlich das Mullah-Regime abgelöst wird, das seine Gegner im eigenen Land verfolgt, foltert und ermordet. Und das bis heute ja auch ganz offiziell den Staat Israel auslöschen will. Ob ein Regimewechsel überhaupt realistisch war, ist ohnehin fraglich. Der US-Präsident will davon aber sowieso nichts mehr wissen - der Punkt sei abgehakt."

Donald-Trump, US-Präsident (Übersetzung MONITOR): "Einen Regimewechsel gab es ja schon, aber das war eh nie ein Kriterium für uns. Keine nuklearen Waffen, das macht 99 Prozent des Deals aus."

Keine nuklearen Waffen also, ein Atomabkommen. Dabei hat es genau das ja schon mal gegeben. Gut 10 Jahre ist das her. Aufgekündigt wurde es ausgerechnet vom damaligen US-Präsidenten, Donald J. Trump. Und zwar auf hartnäckigen Druck des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu. Da lohnt es sich, nochmal genauer hinzuschauen, wie diese beiden Männer das Abkommen damals bekämpft haben und was danach folgte. Andreas Maus und Selome Abdulaziz."

Islamabad am Morgen. Höchste Sicherheitsstufe in der pakistanischen Hauptstadt. Warten auf die Verhandler aus den USA und dem Iran. US-Präsident Trump droht, den Krieg erneut zu eskalieren, fordert vom Regime in Teheran einen Deal. Was ist damit gemeint?

Donald Trump, US-Präsident, 11.04.2026: "Keine nuklearen Waffen. Darum geht es zu 99 Prozent."

Donald Trump, US-Präsident, 30.03.2026

„Sie werden keine Atomwaffen haben.“

Darum geht es dem US-Präsidenten jetzt. Ein Abkommen mit dem Mullah-Regime. Aber Halt! ein Atomabkommen? Das gab es schon mal! Rückblick: Wien, vor elf Jahren. Die USA, der UN-Sicherheitsrat und andere Länder wie Deutschland vereinbarten mit dem Iran ein Abkommen zur Begrenzung der nuklearen Fähigkeiten. Vorausgegangen waren jahrelange Verhandlungen.

Das "Wiener Abkommen" von 2015 setzte dem Iran strenge Grenzen, wie den Verzicht auf das Entwickeln oder den Besitz von Atomwaffen, eine strikte Begrenzung der Urananreicherung, Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation. Im Gegenzug würden Sanktionen gegen Iran aufgehoben. Ali Vaez war damals als Experte bei den Verhandlungen dabei. Das

Abkommen sei nicht perfekt gewesen, habe Probleme ausgeklammert wie das iranische Raketenprogramm, sagt er. Dennoch:

Ali Vaez, International Crisis Group: "Es war das am strengsten und gründlichsten überwachte Atomprogramm der Welt. Denn das Abkommen sorgte nicht nur dafür, dass der Iran sein Atomprogramm zurückfahren musste, sondern dass es unter strengster Aufsicht gestellt wurde, indem es den UN-Inspektoren ermöglichte, nicht nur das nukleare Material, sondern auch die nukleare Ausrüstung zu erfassen."

Ein international gefeiertes Abkommen, vom UN-Sicherheitsrat ratifiziert. Doch dieser Mann bekämpfte es von Anfang an: Der israelische Ministerpräsident Netanjahu. Er warnte vor dem Deal mit dem Iran, dessen Regime seit Jahrzehnten die Auslöschung Israels propagiert.

Benjamin Netanjahu, Ministerpräsident Israel, 01.10.2015 (Übersetzung MONITOR): "Dieses Abkommen macht Frieden nicht wahrscheinlicher. Indem man die Aggressionen des Iran durch Sanktionserleichterungen in Milliardenhöhe schürt, wird Krieg wahrscheinlicher."

Benjamin Netanjahu ist gegen Verhandlungen. Gegen ein Abkommen mit dem Erzfeind Israels. Und 2017 kommt ein mächtiger Verbündeter ins Amt: Donald Trump. Und er wird liefern. Im April 2018 erhebt Netanjahu schwere Vorwürfe gegen den Iran und präsentiert angeblich neue Beweise, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm habe. Die Botschaft:

Zitat: "Iran lied."

Der Iran hat gelogen. Vorwürfe, die längst bekannt waren und auch später nie belegt wurden. Doch Donald Trump nutzt eine Woche später die Vorlage Netanjahus.

Donald Trump, US-Präsident, 08.05.2018 (Übersetzung MONITOR): "Ich gebe heute bekannt, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen mit dem Iran zurückziehen werden."

Ali Vaez, International Crisis Group: "Die USA ersetzen Zusammenarbeit und Dialog durch Zwangsmaßnahmen, um den Iran mit Sanktionen, mit maximalem Druck, dazu zu zwingen, sich den Bedingungen der USA zu beugen. Und deshalb verfolgte der Iran eine Politik des maximalen Widerstands. Tatsächlich diskreditierte dies die gemäßigeren Kräfte in der iranischen Politik. Und belastete die Gesellschaft, die ohnehin schon unter Repressionen durch das Regime litt, zusätzlich durch starken wirtschaftlichen Druck von außen."

Durch neue Sanktionen rutscht der Iran noch tiefer in eine Wirtschaftskrise. Proteste der Bevölkerung schlägt das Regime brutal nieder. Menschen werden hingerichtet. Das Regime wird noch repressiver - gleichzeitig fährt es in den Folgejahren sein Atomprogramm wieder hoch. Und außenpolitisch werden die Terrororganisationen Hamas und Hisbollah gestärkt. Folgen, die nicht nur für den Iran gravierend gewesen seien, sagt der Israelische Historiker Moshe Zimmermann.

Prof. Moshe Zimmermann, Historiker: "Die Aufkündigung des Abkommens ist ein Glied in einer Kette. Eine Kette der Radikalisierung. Indem man solche Schritte unternimmt, schafft man immer mehr Feindschaft auf der anderen Seite."

Die Feindschaft der anderen Seite. Das sind immer wieder solche Raketenangriffe der Hisbollah auf israelische Städte und Dörfer. Und dann die beispiellosen Gräueltaten am 7. Oktober 2023. Die vom Iran unterstützte Hamas begeht in Israel ein Massaker an Juden mit über Tausend Toten. Sie verschleppt 250 Menschen als Geiseln. Israel steht unter Schock. Und die Regierung schlägt zurück. Mit einem Krieg gegen die Hamas, bei dem in Gaza bis heute über 70.000 Menschen getötet wurden, überwiegend Zivilisten.

Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Aber geht es Netanyahu und seiner Regierung um mehr?

Inzwischen hält Israels Armee über 50 Prozent des Gazastreifens besetzt. Ein Großteil der Bevölkerung lebt im anderen Teil unter schlimmen humanitären Bedingungen. Im Westjordanland immer mehr Gewalt und Landnahme jüdischer Siedler, Palästinenser werden völkerrechtswidrig vertrieben. Auch im Libanon schlägt die israelische Armee im März nach Raketenangriffen der Hisbollah mit maximaler Härte zurück. Fast 2.300 Menschen wurden seither laut dem libanesischem Gesundheitsministerium getötet. Dazu besetzte die Armee große Teile im Süden des Libanons.

Prof. Moshe Zimmermann, Historiker: "Für Netanyahu ist es eine klare Sache: Israel kann nie in Frieden leben. Israel muss immer weiterkämpfen. Iran ist ein Erzfeind, da kann man daraus immer wieder ein Ziel machen für die nächste Schlacht. Also das ist ein Ziel, das er immer im Kopf hat."

Und dafür hat Netanjahu bislang weitgehende Rückendeckung des US-Präsidenten. Juni 2025: Über Vermittler laufen Gespräche zwischen den USA und dem Iran über das Atomprogramm. Kurz nach einem Ultimatum attackieren am 13. Juni erst Israelische und dann amerikanische Streitkräfte iranische Atomanlagen. Und zuletzt - Ende Februar - dasselbe Muster. USA und Iran verhandeln über ein Abkommen unter Vermittlung des omanischen Außenministers. Ein Kompromiss scheint greifbar.

Sayyid Badr bin Hamad Al Busaidi, Außenminister Oman, 27.02.2026 (Übersetzung MONITOR): "Ein Friedensabkommen liegt in greifbarer Nähe."

Stattdessen wieder Krieg: einen Tag später greifen israelische und amerikanische Kampffjets Ziele im Iran an. Nun soll also ein Atomabkommen Frieden bringen? Was könnte es jetzt noch leisten? Und wie lange würde es halten?

Prof. Moshe Zimmermann, Historiker: "Wir kommen jetzt bei einem neuen Atomabkommen mit Iran an, wo wir uns nicht sehr weit entfernt haben von dem, was im Jahr 2015 erreicht wurde. Und dazwischen liegen Kriege und mehrere Tote und traumatisierte Menschen, inklusive die israelische Gesellschaft. Deswegen ist eben das, was geschehen ist, so grotesk."

Achim Pollmeier: "Ja, und selbst wenn es gelingt, diesen Krieg bald zu beenden, die Folgen werden noch lange andauern. Und das auch in Deutschland. Morgen stellt die Bundesregierung ihre neue Konjunkturprognose vor und die wird deutlich schlechter ausfallen."